Bezugspreise: Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im gesamten Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1146, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1416 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 337. Halle, Donnerstag, den 22. Juli 1920. **Einzelpreis 20 Pfg.**

An die Arbeit!

Die schweren Tage von Spa sind vorüber, von den maßgebenden Personen, in deren Hand wochenlang das Geschick des deutschen Volkes lag, ohne daß sie sich auf Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften stützen konnten, haben einige bereits Veranlassung genommen, den Schleier des Geheimnisses zu lüften, der für uns alle, die wir auf die spärlichen Nachrichten über die schwerwiegendste Weltkonferenz, die je stattgefunden, über allem lag, was bei den Beratungen zwischen unseren Beauftragten und den Staatsmännern der Alliierten vorgekommen und besprochen worden ist. Wie recht wir daran taten, keine voreiligen Schlüsse zu ziehen, sondern zum ruhigen Abwarten zu mahnen, haben die Ausführungen bewiesen, die Außenminister Dr. Simons den Pressevertretern in Berlin gegenüber getan hat und die wir in unserer gestrigen Abendausgabe ausführlicher veröffentlichten. Da stellt sich manches anders dar, als es auf den ersten Blick scheinen konnte. Wenn man den ruhigen, sachlichen Ausführungen des Dr. Simons das fest hysterische Geschimpfe eines großen Teiles der rechtsstehenden Presse gegenüberstellt, so wird jeder klar denkende Mensch wissen, wo er zielbewußten und mannhaften Tatwillen zu suchen hat. Unsere verantwortlichen Staatsmänner wußten, daß nur dann etwas zu erreichen war, wenn bei den Verhandlungen mit unseren Gegnern der wahrhaft deutsche Boden der Offenheit und rückhaltlosen Ehrlichkeit nicht verlassen wurde. Und dennoch haben sie gehandelt. Die Zeit der Spiegelfechterei und des Bluffens sollte endgültig vorbei sein. Aber einige von den Sachverständigen haben, so scheint es, doch wohl geglaubt, im deutschen Interesse zu handeln, wenn sie ihre Gutachten — sagen wir einmal — färbten, so wie es die Verfasser unserer Heeresberichte während des Krieges zu tun pflegten in der falschen Annahme, dem Feinde damit Sand in die Augen streuen zu können. Diese Taktik hat während des Krieges bei unseren Gegnern nicht verfangen, und sie imponierte auch den alliierten Staatsmännern in Spa nicht, da man von den alliierten Kommissionen in Deutschland anders informiert wurde. Dr. Simons hält es für richtig, darauf hinzuweisen, daß ihm das von den Sachverständigen zur Verfügung gestellte Zahlenmaterial schließlich doch nicht sicher genug erschien, um daraufhin es zu einem Bruche mit den Verhandlungsgegnern in Spa kommen zu lassen. Besonders bemerkenswert ist sein Hinweis darauf, daß plötzlich eine ganze Menge deutscher Ruhrkohle in Deutschland an Stellen erschien, wohin sie vom Reichskohlenkommissar nicht geschickt worden sind. Es müssen hier also wohl Schiebungen vorgekommen sein mit dem wahrscheinlichen Zweck, diese Kohlenmengen dem Zugriff der Regierung zum Zwecke der Erfüllung der Friedensvertragsverpflichtungen zu entziehen. An dieser Erscheinung darf man nicht schweigend vorübergehen; hier liegt eine Gefahr, durch die das Staatsinteresse auf das schwerste getroffen werden kann. Es ist geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke, wenn auf solche Weise der Versuch gemacht wird, die Erfüllung des Abkommens von Spa zu hintertreiben. Entweder wir handeln deutsch, also ehrlich, und erfüllen das von unseren Beauftragten unterschriebene Abkommen, indem wir alle unsere Kräfte dafür einsetzen. Oder wir müssen uns den Vorwurf gefallen lassen, daß wir unehrlich handeln und daß das Gerede von deutscher Wahrheitsliebe und Treue zum gegebenen Wort eben nur ein Gerede ist.

Wenn je dann heißt es jetzt zu zeigen, daß wir Deutsche sind und daß es uns ernst ist mit der Einlösung des Wortes, das die deutsche Regierung in Spa namens des deutschen Volkes den Gegnern gegeben hat. Wer sich dieser Pflichterfüllung entgegenstemmt und das deutsche Volk dadurch in Gefahr bringt, für unehrlich gehalten zu werden, gegen den muß die Regierung mit aller Energie vorgehen. Wir begrüßen es deshalb, daß das Reichskabinett bereits ernste Schritte zur vollkommenen Erfassung und durchgreifenden Organisierung der Kohlenproduktion unternommen hat. Wo ein Wille, ist auch ein Weg, und wenn die deutsche Bergarbeiterschaft, wie es nach den Worten Hués und nach neueren Nachrichten der Fall zu sein scheint, den festen Vorsatz hat, bei Erfüllung der von der Entente zugesicherten Gegenleistung auch ihrerseits mit allem Ernst an der Erfüllung der Vertragsverpflichtungen mitzuhelfen, so werden wir zum Ziele kommen.

Gerade von den Parteien der Rechten ist mehr als von allen anderen der Ruf erklungen: Die Zeit der Reden ist vorbei, wir wollen Taten sehen. Nun ist die Zeit gekommen, wo das deutsche Volk durch die Tat seinen Lebenswillen bekunden kann und muß. Unsere Gegner verlangen fast Uebermenschliches von uns. Vielleicht wollen sie — besonders die Franzosen —, daß wir an diesen übermenschlichen Forderungen zugrunde gehen. Vielleicht aber glauben sie doch, daß die im deutschen Volke trotz der Niederlage noch immer steckende Kraft, daß sein Erfindergeist und seine Intelligenz, mit der es sich schon mehrfach aus tiefstem Zusammenbruch wieder zur Höhe emporgearbeitet hat, auch diesmal ihm wieder über alle Verzweiflung hinweg den Wiederaufbau ermöglichen wird.

Während des Krieges haben wir bereits Uebermenschliches geleistet. Wollen wir den Franzosen und ihren Genossen den Triumph gönnen, uns, das deutsche Volk, zur Ohnmacht gezwungen zu haben. Sollen wir unsere Reichsregierung im Stiche lassen, die, wie Dr. Simons bestätigt, dem Abkommen in Spa nur zugestimmt hat, weil sie die Ueberzeugung hatte, daß wir die nun vereinbarten Verpflichtungen doch erfüllen können, wenn wir nur alle ernsthaft wollen. Nein, das wollen wir nicht! Wir sind ja Deutsche und der Deutsche ist immer am stärksten gewesen, wenn er sich in Gefahr befand und scheinbar von Gott und aller Welt verlassen war.

Also hinweg mit allem inneren Hader, mit aller nur negierenden Kritik. Alle Mann an Deck, an die Arbeit! Laßt uns den Feinden zeigen, daß wir noch nicht so entnervt am Boden liegen, daß man man mit uns Fangball spielen kann. Wir können unseren Gegnern, der Welt nur imponieren, wenn wir ihnen unsere Kraft zeigen. Nicht indem wir kriegerischen Rachegelüsten nachstreben. Nein, indem wir das Wort erfüllen, das wir in Spa gegeben haben. Man darf uns keine unehrlichen Absichten, keine Schiebereien nachweisen können. Ein Mann, ein Wort. Das ist deutsch. Und daraus ergeben sich von selbst alle anderen Konsequenzen. Ein kraftvolles, ein arbeitendes Deutschland wird sich die Sympathien wieder erwerben, die es einst besaß. Ohne ein solches Deutschland ist die Welt undenkbar. Ein solches Deutschland, ehrlich, treu und ohne Falsch, wird auch die Achtung des größten Teiles seiner jetzigen Gegner wieder erwerben, und diese werden dann selbst ein Interesse daran haben, daß ihm niedrige Rachsucht, wie sie heute das Handeln der Franzosen bestimmt, nicht die Lebensmöglichkeiten abschneidet.

Also an die Arbeit! Laßt uns der Welt zeigen, daß doch noch am deutschen Wesen die Welt genesen kann.

⊙

Die Entwaffnungsfrage.

Die Ausführungen, die der Reichsminister des Auswärtigen in der Pressekonferenz über eine Zusammenarbeit mit Sachverständigen der Entente gemacht hat, sind vielfach mißverstanden worden. Seine Ausführungen bezogen sich nicht auf die Verringerung der Reichswehr, sondern auf die Entwaffnung der Sicherheitspolizei und der Einwohnerwehr sowie der Bevölkerung. Dies ergibt sich aus dem unkorrigierten Stenogramm seiner Rede, das in dem betreffenden Abschnitt folgendermaßen lautet:

Nach meiner Meinung müssen wir es auch bei der militärischen Frage nicht bewenden lassen bei dem Ergebnis von Spa, sondern mit aller Energie darauf hinwirken, daß wir in Verbindung mit den Alliierten eine richtige Erledigung der Entwaffnungsfrage durchsetzen. Wir allein können es nicht mehr, sondern nur mit den Alliierten, und wir müssen ihren Beistand erbitten in der Form, wie sie ihn am besten leisten können, durch guten Rat wohlunterrichteter Offiziere der Entente. Ich habe persönlich meine Pläne, die ich noch nicht vortragen will, weil ich sie mit den Ressortministern des Reichs und Preußens noch nicht durchgesprochen habe. Sie gehen aber dahin, daß wir uns von einer Macht, die in ähnlichen Verhältnissen wie wir schwere innere Verhältnisse durch eine nicht zu kriegerischen Zwecken verwendbare Macht niederhalten muß, nach der Richtung hin Unterstützung erbitten. Es gibt Beispiele namentlich in englischen Kolonien, die weiß besiedelt sind, wo die Polizeimacht mit Leuten zu tun hatte, die derselben Rasse angehören, und ihr als Menschen gleichberechtigt gegenüberstehen, wo wir ganz gute Vorbilder finden werden. Das sind persönliche Ansichten, die noch nicht durch das Kabinett gegangen sind, die ich nur sage, damit Sie sehen, nach der Richtung hin wird von dem Auswärtigen Amte nichts versäumt, um durchführbar zu machen, was ich als Vertreter des Reiches mit dem Herrn Reichskanzler habe in Spa unterschreiben müssen.

Deutsche Maßnahmen zum Schutze der Grenzbevölkerung.

Berlin, 21. Juli. In der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten besprach der sozialdemokratische Abgeordnete Bernstein das Vorrücken der Bolschewisten in Polen. Er wies auf die Möglichkeit hin, daß sich dann, ähnlich wie es im Baltikum geschehen sei, marodierende Banden bilden die dann auch die Sicherheit unserer eigenen deutschen Grenzbevölkerung gefährden könnten. Der Minister des Aeußern Dr. Simons erwiderte, daß in der Tat die bolschewistische Armee nur wenige Tagemärsche von der deutschen Grenze entfernt sei. Deutschland habe seine volle Neutralität in dem russisch-polnischen Kriege erklärt und für den Schutz der Grenzbevölkerung gegen die vom Abgeordneten Bernstein angedeuteten Gefahren seien bereits sorgfältige Maßnahmen getroffen worden.

Ein Beitrag zur Sozialisierungsfrage.

Dresden, 21. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Finanzausschuß der Volkskammer lehnte den Antrag auf Verstaatlichung der Budendorfer Kohlenwerke mit der Begründung ab, daß die Kohlenwerke unrentabel seien und selbst durch eine Ausdehnung auf benachbarte Gebiete nicht rentabel gemacht werden könnten. Dieser Beschluß ist um so bemerkenswerter, als in der sächsischen Volkskammer Mehrheitssozialisten und Unabhängige die Majorität haben.

Französische Geheimpolizei in Mainz.

Frankfurt a. M., 21. Juli. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Mainz, der Zeichenlehrer Rackow aus Buckow bei Berlin ist hier von französischen Geheimagenten wegen politischen Vergehens verhaftet worden. Es steht fest, daß die französische Geheimpolizei in Mainz und Wiesbaden „deutsche Elsaß-Lothringer" gegen hohe Bezahlung angeworben hat, die sich in Wirtschaften an das deutsche Publikum drängen und den Franzosen Spitzeldienste leisten. Eine unvorsichtige Redensart genügt, um die Ahnungslosen zu verraten.

Belgische Rheinschiffahrtspläne.

Köln, 21. Juli. Die Köln. Ztg. meldet aus Duisburg-Ruhrort: Die neue belgische Schiffahrtsgesellschaft für die Rheinschiffahrt, der von der belgischen Regierung die 175 beschlagnahmten und unter Sequester stehenden deutschen Rheinschiffe überwiesen werden sollen, beabsichtigt, den Kohlenversand zu monopolisieren und sich die Kaliverschiffungen ab Straßburg zu sichern. Verhandlungen sind in Paris und Straßburg bereits eingeleitet. Nach Mitteilungen aus eingeweihten Kreisen fördert die belgische Regierung die Angelegenheit aus dem Grunde, um den belgischen Einfluß an der Rheinschiffahrt gegenüber Holland zu verstärken.

Syrien und der Völkerbund.

Rotterdam, 21. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" schreibt, der französische Angriff auf die Araber in Syrien habe unter den hervorragenden Vorkämpfern des Völkerbundes große Entrüstung hervorgerufen. Es wird darauf hingewiesen, daß die französische Aktion im schwersten Widerspruch zum Artikel 22 der Völkerbundssatzungen steht, der sich auf die Mandate in Kleinasien bezieht. Es wird besonders betont, daß die Mandatsmacht unter voller Berücksichtigung der Wünsche der betreffenden Bevölkerung gewählt werden muß.

Ein Hirtenbrief an die Polen.

Warschau, 21. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die polnischen Bischöfe, an ihrer Spitze die Kardinäle Dalbor in Posen und Kakowski in Warschau verbreiten im Hinblick auf die schwere Notlage des polnischen Staates einen Hirtenbrief, in welchem folgende bemerkenswerte Sätze vorkommen: Der Feind hat mit all seinen ihm zu Gebote stehenden Kräften mobil gemacht, um unsere Grenzen zu bedrohen. Der Geist des Antichrist ist seine Eingebung und der Antrieb zu seinen Eroberungszügen. In einem so ernsten Augenblick halten wir es für unsere Pflicht, uns an das polnische Volk zu wenden. Seien wir eingedenk, daß Gott unser Schutz und unsere Hoffnung ist. Er läßt diese schwere Zeit über uns kommen, um uns für die Sünden zu bestrafen. Haben wir nicht unsere Freiheit mißbraucht, haben wir nicht, während unsere kurze Selbständigkeit besteht, durch unseren Parteihader und durch Streitigkeiten der ganzen Welt ein abschreckendes Beispiel gegeben? Gott hat uns heimgesucht, damit wir aus dem Sumpf freikommen. — Es wird also in dem Hirtenbrief offen zugegeben, daß die polnischen Zustände, wie sie von den polnischen Agitatoren in Ost- und Westpreußen und noch mehr in Oberschlesien geschildert werden, durchaus nicht den Tatsachen entsprechen.

Aus der demokratischen Bewegung.

Bitterfeld, 21. Juli. Hier fand am 18. eine, trotz der ungünstigen Verbindungen, gutbesuchter Kreisparteitag der Deutschen demokratischen Partei statt. Neben Organisationsfragen wurde zu den schwebenden politischen Tagesfragen Stellung genommen. Reichstagsabgeordneter Delius machte längere Ausführungen über den verflossenen Wahlkampf, die neue Regierungsbildung und die Verhandlungen in Spa. Er sah in diesen Verhandlungen, trotz der wenig entgegenkommenden Haltung unserer Feinde einen Lichtblick.

Wenn man ehrlich sein wolle, müsse man zugeben, daß namentlich in der Kohlenfrage doch mancherlei erreicht worden sei. Fraglich bleibe, ob Deutschland selbst die ermäßigten Verpflichtungen einhalten kann. Hier sei das Schicksal von Land und Volk in die Hand des Ruhrbergmannes gelegt. Von seinem nationalen Empfinden und Arbeitseifer hänge es ab. Deutschland vor dem Untergange zu retten. Heute schon ein Urteil über Spa zu fällen, sei verfrüht. Das wird erst möglich sein, wenn die Regierung gesprochen hat. Davon hängt auch die Stellung des Reichstages ab. Das Eine scheint aber festzustehen, daß das Reich in dem Minister Simons einen ebenso fähigen wie einflußreichen Unterhändler besitzt. Herr Simons hat die undankbare Aufgabe, die Verträge von Spa zu rechtfertigen. In der Entwaffnungsfrage wird ihm das nach den Erklärungen Geßlers nicht ganz leicht werden. Jedenfalls sollte das Volk, wenn seine Vertrauensleute das Werk von Spa billigen sollten, nun allen Streit beiseite lassen und ernsthaft an den Wiederaufbau herangehen. Zur Durchführung desselben werden wir noch weitere Verhandlungen mit unseren Feinden nötig haben und auf ihr Entgegenkommen rechnen müssen. Das kann aber nur durch die geschickte Arbeit weitblickender Staatsmänner und nicht durch Illusionspolitiker erreicht werden.

Wenn jetzt über die mangelhafte Vorbereitung der deutschen Delegierten geklagt würde, so sei diese Klage gewiß berechtigt. Schuld daran seien aber nicht die deutschen Vertreter, sondern die Politiker der Rechtsparteien und nicht nicht zuletzt die deutsche Wählerschaft, die ihr Verdienst darin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200722012/fragment/page=0001

sah, den Regierungsblock zu zertrümmern und nun entsetzt ist, daß die Regierungsmänner, die zwei Minuten vor Spa in ihre Aemter kamen, ohne Vorbereitung zu den für Deutschland so überaus wichtigen Verhandlungen gehen mußten. An den Folgen der Kurzsichtigkeit wird das deutsche Volk noch manchmal schwer zu tragen haben. Wenn es nur dann wenigstens klug würde.

Die Altersgrenze der preußischen Staatsbeamten.

Von M. Höfler, Mitglied der Landesversammlung.

Der Preußischen Landesversammlung ist am 3. Juli der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Einführung einer Altersgrenze zugegangen. Das Gesetz bricht mit dem seitherigen Zustande, daß die Pensionierung der Staatsbeamten und Volksschullehrer, soweit sie nicht auf Grund des verminderten Gesundheitszustandes der Betreffenden eintritt, nur erfolgen darf unter Zustimmung oder auf Beantragung des Betreffenden, wenn er das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat. Bedeutet das Gesetz sonach einen grundlegenden Eingriff in die wohlerworbenen Rechte der beteiligten Kreise, so ist die Tendenz desselben doch unter Berücksichtigung der außergewöhnlichen Verhältnisse zu verstehen und auch zu rechtfertigen. Der Gesetzentwurf bezweckt, der Ueberalterung der Beamtenschaft entgegenzuwirken, Anstellungsmöglichkeit für die überalterten Stellenanwärter zu schaffen und dem Beamtenkörper durch Verjüngung frische Kräfte zuzuführen. Der lange unselige Krieg und die in seinem Gefolge eingetretenen Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß sehr vielen Beamten die sonst unter normalen Verhältnissen nach Vollendung des 65. Lebensjahres ihre Versetzung in den Ruhestand nachgesucht haben würden, es für ihre vaterländische Pflicht gehalten haben, ihre Dienste dem Staate weiter zu leihen, und als dieses Argument hinfällig geworden war, wegen der Erschwerung der Lebensverhältnisse, der Unsicherheit der rechtlichen und finanziellen Grundlage des Beamtentums trotzdem noch weiter im Dienste geblieben sind. Nachdem nunmehr die Beamtendiensteinkommens- und Ruhegehaltsgesetze verabschiedet und so die rechtlichen und finanziellen Verhältnisse der Beamtenschaft geregelt sind, ist sicher zu erwarten, daß ein großer Teil der in Frage kommenden Beamten und Lehrer ihre Versetzung in den Ruhestand beantragen werden. Trotzdem dürfte durch die anhaltende Teuerung und die Unsicherheit in der Entwicklung der Preisverhältnisse eine erhebliche Zahl überalterter Beamten sich veranlaßt fühlen, im Amte zu bleiben. Werden diese Kreise nunmehr durch das Gesetz gezwungen, so liegt zweifelsohne eine Verletzung ihrer seitherigen Rechte und eine gewisse Härte darin. Berücksichtigt man, daß unter den früheren Verhältnissen der Beamte sich und seine Familie jahrzehntelang zum Wohle des Staates durchgehungert hat und nicht imstande gewesen ist, auch nur das Geringste für seine Familie ersparen zu können, so ist es zu verstehen, daß diese Kreise nunmehr, wenn die finanziellen Verhältnisse sich einigermaßen gebessert haben, auch noch einige Zeit in dem Genuß dieser verbesserten Lebensverhältnisse bleiben wollen. Hierzu kommen noch die vielen Fälle, daß Beamte in vorgerücktem Lebensalter zweite Ehen eingegangen sind, und infolgedessen durch die längst nicht mehr zeitgemäße ungleichartige Hinterbliebenenversorgung in derartigen Fällen gezwungen sind, durch überlange Dienstzeit diese rigorose Bestimmung auch nur einigermaßen weit zu machen, und daß ferner vielfach derartige Beamte auch unversorgte Kinder zu erziehen haben.

Auf der anderen Seite liegen aber die Verhältnisse unseres Beamtennachwuchses der Diätare und Anwärter zurzeit derartig kraß, daß gesetzliche Maßregeln unter allen Umständen eine dringende Pflicht des Staates sind. Nach den Gebietsabtretungen gemäß dem Friedensvertrag und nach der Besetzung größerer Gebietsteile unseres Vaterlandes sind eine übergroße Anzahl von Beamten und Lehrer in dem verkleinerten Deutschland unterzubringen, wodurch die Aussichten unserer Diätare und Anwärter, überhaupt noch in den Besitz einer festen Anstellung kommen zu können, derartig gering geworden sind, daß eine Verjüngung des gesamten Beamtenkörpers ohne Zwangsmaßnahme überhaupt nicht möglich ist. Beklagt man daher auf der einen Seite die Härte einer derartigen Maßregelung alter gedienter Beamten, so kann man trotzdem nicht umhin, ihr als dem kleineren Uebel zuzustimmen, wenn man nicht jeden gesunden Nachwuchs, jede Aufnahme tüchtiger und befähigter Kreise in das Beamtenheer unterbinden will. Es kommen nicht allein die unsicheren Verhältnisse in Betracht, in der die Diätare und Anwärter infolge der Ueberfüllung der planmäßigen Stellen schweben; vielmehr ist auf eine ganze Reihe von Jahren hinaus eine Besserung nur zu erwarten, bei einer gleichzeitigen Verminderung unseres Beamtenheeres. Ueberblickt man aber die beiden Wege, die zu diesem Ziel führen: Verabschiedung überalterter Beamten oder Entlassung jüngerer noch nicht angestellter Beamten und zeitweise Schließung der Annahme neuer Kräfte, so kann eben nur der erste Weg eingeschlagen werden.

Bei Festsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr wird auf das Jahr zurückgegriffen, in dem jeder Beamte freiwillig ohne besonderen Nachweis seiner Dienstunfähigkeit in den Ruhestand treten kann. Nach dem Gesetzentwurf treten unmittelbare Staatsbeamte, soweit sie nicht richterliche Beamte sind und Volksschullehrer mit dem auf die Vollendung des 65. Lebensjahres zunächst folgenden 1. April oder 1. Oktober in den Ruhestand, wobei es der Verwaltung überlassen bleiben soll, für einen einzelnen Beamten die Altersgrenze bis spätestens nach Vollendung des 68. Lebensjahres hinauszuschieben. Das erscheint mir nicht richtig. Da eine derartige Ausnahmemaßnahme für richterliche Beamte, ohne auch nur den Schein der Antastung der richterlichen Unabhängigkeit zu erwecken nicht möglich ist, hat man für diese Beamte die Altersgrenze allgemein auf das vollendete 68. Lebensjahr festgesetzt. Auch bei den übrigen Beamten sollte man aber jeden Schein eines Messens mit zweierlei Maß vermeiden.

Der Gesetzentwurf ist dem Hauptausschuß der Preußischen Landesversammlung überwiesen worden. Dieser Ausschuß hat vielleicht die Möglichkeit, die Altersgrenze allgemein auf die Vollendung des 68. Lebensahres festzusetzen. Da genauere Angaben über die vorhandenen, noch unterzubringenden Stellenanwärter dem Gesetzentwurf von der Regierung nicht beigefügt sind, kann eine Stellungnahme zu der angedeuteten Möglichkeit erst nach Aufklärung durch die Regierung erfolgen.

Deutsches Reich.

Zusammentritt des Reichstages. Nach einem Beschluß des Aeltestenrates tritt der Reichstag am Montag, den 26. Juli, nachmittags 5 Uhr, zu einer Vollsitzung zusammen, um den Bericht der Regierung über die Verhandlungen in Spa entgegenzunehmen.

Reichskommissar und Staatskommissar. Es bestehen vielfach noch Zweifel darüber, in welcher Beziehung zueinander der Reichskommissar für öffentliche Ordnung und der preußische Staatskommissar für öffentliche Ordnung stehen. Hierzu ist mitzuteilen, daß das Reichskommissariat im wesentlichen nur als eine Informationsstelle für den Reichsminister des Innern und für das gesamte Reichskabinett zu arbeiten hat. Die einzelnen Staatskommissariate unterstehen ihm nicht, und es mischt sich in die polizeilichen Arbeiten dieser Behörden nicht ein. Es arbeitet nur mit den einzelnen Staatskommissariaten zusammen und läßt sich durch sie informieren. In allen Fällen, die Preußen betreffen, wendet der Staatskommissar sich an den Reichskommissar. Eine Doppelorganisation soll nach Ansicht der maßgebenden Stellen vermieden werden.

Zum Abbau der Lebensmittelpreise. Eine eigene Drahtnachricht aus Dessau meldet uns: Die unabhängigen Sozialdemokraten haben beim Landtagspräsidenten einen Antrag gestellt, den anhaltinischen Landtag bis spätestens 26. Juli einzuberufen mit dem Zwecke der Sicherstellung der Landesernährung und gleichzeitigem Abbau der Lebensmittelpreise.

Kernsätze aus einem alldeutschen Glaubenskatechismus. Die Hakenkreuzjünger der „Deutschen Zeitung" haben nun — Heil sei uns und ihnen! — einen neuen Glaubenskatechismus. Es ist der völkische Roman „Adel verpflichtet!" eines Herrn Martin Otto Johannes, aus dem das Blatt des Herrn Wulle folgende „jungdeutsche Merksätze" herausnimmt und zu einer Art Katechismus zusammenstellt. Es sind darin einige rassenbiologische Erkenntnisse niedergelegt, um die es wahrhaft schade wäre, wollte man sie einem größeren Leserkreise vorenthalten. Also man höre:

„Der neue Adel ist nicht nur wohlgeboren, sondern vor allen Dingen wohlgezeugt."

Nun ist der Begriff der „Wohlgezeugtheit" auch für Leser der „Deutschen Zeitung" wahrscheinlich ein etwas dunkler, deshalb wird er in folgendem Kernsatz näher präzisiert:

„Der Wohlgezeugte hat reines unvermischtes Blut, einen Leib ohne Makel und Schrecken, und von Geburt (von Empfängnis an) mehr Trieb zum Guten als zum Tier."

Wollte man bei dem gesamten deutschen Volk einmal eine gründliche Blutprobe vornehmen lassen, dann dürfte sich wohl sehr zum Schrecken der „Deutschen Zeitung" herausstellen, daß es im Deutschen Reich außer Herrn Wulle und seinen Jüngern nicht allzuviel „Wohlgezeugte" gibt. Die Schlechtgezeugten, vor allem natürlich die Juden, werden sich also wohl oder übel mit der Tatsache abfinden müssen, daß sie keinen Leib ohne Makel und Schrecken besitzen wie die Adligen vom Hakenkreuz und vom Gummiknüppel, daß sie also sozusagen als menschliche Monstra „mit Makel und Schrecken und mit dem Trieb zum Tier" auf dieser Erde herumlaufen und sie verhunzen.

Daß diese Auslese wohlgezeugter Menschen, die sich um die „Deutsche Zeitung" und das „Deutsche Wochenblatt" des Herrn Kunze gruppieren, gerade über die einem „neuen Adel" wohlanstehende Bescheidenheit nicht in sonderlichem Maße verfügt, erhellt aus folgendem Kernspruch:

„Der Wohlgezeugte bringt sein bestes Erbteil mit, Er bedarf kaum der Erziehung."

Das trifft höchstens insoweit zu, als allerdings Hopfen und Malz daran verloren wäre, die völkischen Radauantisemiten zu Anstand und geistiger Gesittung zu erziehen.

Schließlich darf in einem neu- oder alldeutschen Glaubenskatechismus natürlich nicht das Bekenntnis zur Monarchie fehlen, und darum spricht Herr Martin Otto Johannes also:

„Die Besten dürfen nicht abseits stehen, sie können's gar nicht verantworten; sondern sie sollen nach Thronen trachten und, wenn ihnen weiter nichts gelingt, nicht nachlassen damit, sie zu fordern!"

Da sich Herr Wulle, Herr Reventlow und ihre Brüder im Geiste ohne Zweifel zu den „Besten" werden rechnen wollen, so werden wir hoffentlich bald Zeuge des vergnüglichen Schauspiels sein können, diese Edlen und Wohlgezeugten nach Thronen trachten zu sehen. Da ihnen aber „weiter nichts gelingt, so werden sie nicht nachlassen damit, sie zu fordern". Was sie ja auch schon bisher zur Genüge getan haben und bei welchem harmlosen Vergnügen man sie eigentlich nicht stören sollte.

Probe aufs Exempel. In feierlicher Weise haben dieser Tage wieder führende polnische Herren sich verschworen, daß Oberschlesien bei der Abstimmung dem Polentum als reife Frucht in den Schoß fallen werde. Nun haben jetzt im Eisenbahndirektionsbezirk Kattowitz Betriebsratswahlen in den Werkstätten stattgefunden, mit dem Ergebnis, daß von zehn Betriebsräten nur zwei auf die polnische Vereinigung entfielen, während der deutsche Eisenbahnerverband acht Sitze erhält. Wenn das auch kein absolut zutreffender Gradmesser für den Ausgang der Gesamtabstimmung wohl sein mag, einen verhältnismäßigen Rückschluß darauf gestattet er sicherlich. Ja, man wird vielleicht sagen dürfen, daß die Chance des Polentums sich in dem Maße verschlechtert, in dem die Volksabstimmung Oberschlesiens hinausgeschoben wird. Denn die Tatsachen lehren, wie wenig gerade das Polentum innere Berechtigung hat, sich als Schutzwall gegenüber dem Bolschewismus aufzuspielen. Der weitüberwiegende Teil der oberschlesischen Bevölkerung will aber tunlichste Sicherheit wegen ein Hereinschäumen der bolschewistischen Sturmflut, und nichts kann ihn einleuchtender sein, als daß er dies nur im festen Bekenntnis zum Deutschtum findet. Der Wunsch vieler Polen, die Abstimmung möge überhaupt in Fortfall kommen und Oberschlesien im abgekürzten Verfahren mit dem Polenstaat vereinigt werden, ist wohl begreiflich. Doch er wird nicht in Erfüllung gehen. Von rechts wegen wird Oberschlesien bei der Abstimmung ein über-

Der Kavalier.

Folgende lustige Mauderei finden wir im „Matin" — ein Beweis, wie sehr sich auch in Frankreich während des Krieges alle sozialen Verhältnisse änderten.

Der Gentleman, heißt es in dem Pariser Blatt, betrat den großen Hotelspeisesaal und sah sich im Raume um. Alle Gäste des Oceanic Palace beobachteten den Neueintretenden. Der ging in ruhiger, sicherer Haltung zwischen den kleinen Tischen hindurch und sah aus, wie eben die Männer aussehen, die gewöhnt sind, den Frack zu tragen. Er zögerte, Zerstreutheit und ein wenig Langeweile auf den Zügen; sodann wählte er einen kleinen Tisch, dessen weiße Bedeckung grauere Töne aufwies als seine blendend weiße Weste, ordnete methodisch die vor ihm stehenden Gläser, schenkte seiner roten Nelke einige Aufmerksamkeit, zupfte ein wenig an seinen Manschetten herum und lehnte sich sodann in den ihn umfangenden, mächtigen Klubsessel aus granatrotem Leder zurück. Die Lichtreflexe der Kronleuchter spiegelten sich in dem Gold seiner Fingerringe. Die allgemeine Ansicht der Gäste ging dahin, daß er aus Cincinnati käme oder daß er ein englischer Reeder sei. Ein Kriegsgewinnler? Nein, nein, ein Gentleman. Die gebräunte Hautfarbe, des männliche Aussehen deuteten auf den Sportamateur, oder aber, wenn man die gebräunte Hautfarbe besonders in Betracht zog, auf einen, der vielleicht lange in Indien gelebt hatte. Erst nachdem die Meute sich wieder von ihm abgewandt hatte und dazu übergegangen war, sich für anderen Klatsch zu interessieren, bestellte der Gentleman langsam sein Essen. Zwei sich ablösende Maîtres d'Hotel schlugen ihm die erlesensten Gerichte vor. Er wählte zwei oder drei davon, ohne ersichtliche Begeisterung. Nachdem er von der Suppe nur genippt, legte er den Löffel wieder hin. Auch der Braten fand nicht seinen Beifall. Der Maître d'Hotel bemerkte mit Erstaunen, daß der Feinschmecker sorgfältig bis auf den letzten Rest, unter Zuhilfenahme des ganz vorzüglichen Brotes, seine Sauce vertilgte. Der Zwischengang rief sichtliche Beunruhigung in ihm hervor; die Nudeln mit Schinken warfen einen Zwiespalt in seine Seele; es war, als ob er die kleinen, in die Nudeln hineingeschnittenen Schinkenstückchen zählte, so sorgfältig wandte er sie um und um. „Schwer zu befriedigender Gast", entschieden die Kellner. Er bestellte die teuersten Weine in einem Ton, der keinen Widerspruch duldete. „Der Herr ist zufrieden?" — „Das Essen ist ein Fraß!" erwiderte der „Gentleman". Die Kellner entfernten sich und ließen ihn in der Gesellschaft dreier Bananen, die er gierig verschlang. Nur der Wein schien ihm zu munden. Als er den Weinpreis auf der Rechnung las, lächelte er. Uebrigens prüfte er die ganze Rechnung mit dem Lächeln eines reichen Mannes. Er bezahlte sie, ohne zu murren und fügte ein königliches Trinkgeld hinzu. Als er wieder durch die große Drehtür schritt, wandte er sich an den Geschäftsführer: „Wie heißt doch gleich Ihr Küchenchef?" — „Unser Küchenchef, mein Herr?" — „Jawohl, Ihre große Kanone!" — Bei dieser Bezeichnung witterte der Geschäftsführer den Feinschmecker, vielleicht ein Mitglied des „Klubs der Hundert". Er verbeugte sich und erwiderte: „Unser Küchenchef ist der berühmte Coradetti." Der Gentleman ließ vor Schreck beinahe seine Zigarre fallen; dann faßte er sich jedoch wieder und sagte trocken: „So'n Schwein!"

„Oh", sagte der Geschäftsführer bestürzt. „So nennen Sie den großen Coradetti, den früheren Küchenchef Seiner Majestät des Kaisers von Rußland? All unsere Kunden sind stolz darauf, von seiner Küche zu essen." Der Gentleman zuckte die Achseln: „Ihre Kunden verdienen ihr hartes Los. Ich will Ihnen was sagen. Ich habe schon 1914 das „Oceanic" gemieden, weil ich Magenschmerzen gekriegt habe."

„Ah", sagte der Geschäftsführer, und über seine Züge ging ein Leuchten. „Ich habe den Herrn doch gleich wiedererkannt. Der Herr war einer unserer besten Kunden vor dem Kriege." Der Gentleman lächelte geheimnisvoll. „Jawohl!" erwiderte er melancholisch. „Ja und nein. Und eigentlich nein. Sie hätten mich wiedererkennen können. Ich habe hier nämlich einige Zeit verbracht — als Kellner! Jawohl, als Kellner! Teils habe ich im Grill-Room serviert, manchmal auf den Zimmern. Ich habe gesehen, wie Coradetti arbeitet. Ich habe gesehen, wie Langusten vermittelst einiger Krabben hergestellt werden, wie Madeirasauce ohne Madeira fabriziert wird, und wie aus einem ältlichen Huhn ein Fasan entsteht. Es war mir über, allzusehr über. Denn wissen Sie, ich habe seit 1895 in den verschiedensten kleinen Kneipen gearbeitet, aber so etwas habe ich dort nie erlebt. In einem Hause, wie dem „Oceanic Palace", müßte man sich eigentlich schämen." Er beruhigte sich wieder und fuhr fort: „Dann kam der Krieg. Da habe ich an die französische Regierung spanische Ziegen verkauft, an die portugiesischen Weinhändler französischen Kognak-Verschnitt. So ist es gekommen, daß ich immer noch den Frack trage, aber jetzt nur meines eigenen Vergnügens halber. Es zog mich noch einmal hierher." Er lächelte und dämpfte die Stimme: „Aber mir wurde gesagt, daß Ihr Coradetti rausgeschmissen hättet. Wenn ich gewußt hätte, daß ich dieses Vieh noch einmal über mich ergehen lassen muß, dann hätte ich doch lieber bei dem ehrlichen alten Antoine zu Abend gegessen, wie ich dies früher, als ich noch im „Oceanic" arbeitete, des öfteren gemeinsam mit dem kleinen Türsteher und Hotelhaussecur tat. Na, es macht nichts. Guten Abend!" Und den gänzlich sprachlosen Geschäftsführer im Schatten der seine Schmach deckenden Drehtüre stehen lassend, steckte der „Gentleman" die Hände in die Taschen seines Fracks und verließ den „Oceanic Palace".

Drahtlose Photographieübertragung.

Vor etwa zehn Jahren hat es größtes Aufsehen erregt, als Thorne Baker, der britische Gelehrte, mit seiner Erfindung in die Oeffentlichkeit trat, photographische Bilder auf telegraphischem Wege von einer Stadt in die andere zu senden. Baker ist es nunmehr gelungen, diese Photographien auch auf drahtlosem Wege zu übertragen. Die englischen Zeitungen bringen in ihren letzten Nummern Bilder, die innen aus Paris und aus verschiedenen Gegenden Englands durch die Luft ohne Draht zugesandt worden sind. Die Bilderproduktionen sind im allgemeinen verblüffend deutlich und weisen nur die typischen Merkmale der telegraphisch übertragenen Photographien auf, nicht einheitliche Schatten- und Lichtflächen, sondern engpunktierte Flächen. Baker äußerte sich über seine Erfindung folgendermaßen: Es war von vornherein klar, daß die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie über kurz oder lang auf die drahtlose Photographieübertragung angewendet werden könnten. Gegenwärtig ist es mir allerdings nur gelungen, solche Photographien auf kurze Strecken zu übertragen, allein es kann nur eine Frage der Zeit sein, diese Strecken in beliebiger Weise zu vergrößern.

Die Bedeutung der drahtlosen Telegraphieübertragung liegt vor allem auf dem Gebiete der Kriminalistik und der Publizistik. Um eines Verbrechers habhaft zu werden, haben schon heute die Ergebnisse der telegraphischen Photographieübertragung große Dienste geleistet. Im drahtlosen Wege bieten sich noch ganz andere Möglichkeiten. Die Zeitungen können durch ihre Berichterstatter im Augenblick eines Unfalles, einer Versammlung, eines großen sportlichen Ereignisses die Bilder ebenso rasch erhalten wie die telegraphischen Meldungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200722012/fragment/page=0002

wältigendes Zeugnis für das Verbleiben bei Deutschland ablegen.

Ausland.

Polen und Rußland.

Warschau, 21. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Die entscheidende Sitzung des polnischen Landesverteidigungsrates, die den Premierminister ermächtigte, auf Lloyd Georges Vorschläge einzugehen, faßte diesen Beschluß nur mit ganz knapper Mehrheit. Die Sozialdemokraten sind zwar für den Frieden mit Moskau, wünschen aber direkte Verhandlungen unter Ausschaltung der englischen Vermittlung, während die Bürgerlichen fast geschlossen gegen den Waffenstillstand eintraten. Die Ursachen der militärischen Mißerfolge sollen untersucht werden.

Warschau, 20. Juli. Die Lage der Stadt läßt keinen Zweifel mehr zu, die Bolschewisten lehnen tatsächlich jede Vermittlung ab. Vom Waffenstillstand ist keine Rede mehr, der Kampf geht weiter. Einige Optimisten glauben zwar, die Bolschewisten würden an den ethnographischen Grenzen Polens Halt machen und einen Frieden vorschlagen, das sind unbegrenzte Illusionen. Man kann nur damit möglicherweise rechnen, daß an diesen Grenzen der polnische Widerstand etwas festeren Fuß fassen wird. Die bolschewistische Nordfront nähert sich unvermindert rasch. Nach dem Heeresbericht konzentrierte der Feind gestern nördlich von Grodno seine Massen. Heute wird um die Stadt und zugleich um den Flußübergang gekämpft. Grodno liegt 150 Kilometer diesseits Wilna und 275 Kilometer von Warschau entfernt. Auch über die Lida und Nowordoe gehen die Sowjettruppen gegen den Njemenfluß vor. Um Baranowitschi und an der Scharalinie sind Kämpfe im Gange. Ein breiter Angriff auf Kowel soll an der Stryllinie angehalten sein. An der Sbruzlinie, der Grenze Ostgaliziens, wird bei Hosiatyn gekämpft.

•

Wien, 20. Juli. Der Ukrainische Pressedienst meldet: Die Städte im äußersten Osten und Südosten von Ostgalizien besonders Tarnapol und Brody sind wegen Gefährdung durch die Reiterei Budjennys schon vor einigen Wochen geräumt worden. Diese Transporte erfordern lange Zeit und verhindern den militärischen Verkehr. Lemberg und die Orte westlich des San sind von Flüchtlingen überfüllt darunter einer großen Anzahl von Flüchtlingen jenseits des Sbrutz, des ehemaligen Grenzflusses der Bukowina. Die Gefahr der weiteren Verschleppung der Flecktyphusepidemie ist sehr bedrohlich.

Die abgesagte Londoner Friedenskonferenz.

Amsterdam, 21. Juli. Der Unterstaatssekretär des Aeußern Harmsworth antwortete auf Anfragen im Unterhaus, daß die Regierungen von Finnland, Litauen und Lettland die Einladung zur Teilnahme an der Friedenskonferenz in London abgelehnt hätten. Die englische Regierung habe vorher mit dem General Wrangel über den Waffenstillstand keine Besprechung gehabt. Die russische Räteregierung habe auf die Einladung geantwortet. Da aber noch Verhandlungen im Gange seien, werde es nicht für wünschenswert erachtet, die Antwort von Moskau sofort zu veröffentlichen. Die englische Regierung beabsichtige, die ganze Korrespondenz über diese Frage sobald als möglich bekannt zu geben.

Vorbereitungen der russischen Ostseeflotte.

Frankfurt (Main), 21. Juli. Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Stockholm meldet, sind umfangreiche ausgiebige Arbeiten, sowie Vorarbeiten in der russischen Ostseeflotte in Angriff genommen worden.

Neue Unruhen in Italien.

Rom, 21. Juli. (Agenzia Stefani.) Manifestanten drangen in die Druckerei der römischen Ausgabe des „Avanti" ein, zerstörten die Maschinen und schleppten die Zeitungen nach einem benachbarten Platz, wo sie sie verbrannten. Den Zeitungsverkäufern wurde der „Avanti" entrissen und daraus unter Absingung vaterländischer Lieder in den Straßen im Zentrum der Stadt Fackeln gemacht. „Epoca" versichert, daß ein 24stündiger Generalstreik ausgerufen wird.

Generalstreik in Italien.

Mailand, 21. Juli. Nachrichten hiesiger Blätter aus Rom besagen, daß infolge der gestrigen Zwischenfälle in Rom beschlossen wurde, den Generalstreik für unbestimmte Zeit zu verkünden. An den Kundgebungen gegen die Straßenbahnangestellten wegen der roten Fahnen, die in den Wagen angebracht waren, nahmen auch zahlreiche Arbeiter teil, welche die Entfernung der roten Fahne verlangten und ihre Ersetzung durch Fahnen in den Nationalfarben forderten. — „Secolo" meldet, daß die Arbeiterkammer von Mailand im Hinblick auf die Ereignisse in Rom heute vormittag auf dem Platz vor der Skala eine Versammlung einberufen hat. Die Arbeiter wurden aufgefordert, die Arbeitsstätten um 4 Uhr zu verlassen und an der Versammlung teilzunehmen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 22. Juli 1920.

Saatenstand Mitte Juli.

Von der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Die Witterung von Mitte Juni bis Mitte Juli ist in Deutschland verschieden gewesen. Während in weiten Gebieten, besonders im Westen und Südwesten, eine zu große Trockenheit herrschte, haben im Osten und Norden häufig zu starke Niederschläge stattgefunden. In Gegenden mit großer Trockenheit haben vor allem Hafer und Hackfrüchte gelitten, während in Gegenden mit reichlichen Niederschlägen zwar der Stand der Feldfrüchte im allgemeinen befriedigend geblieben ist, aber der Regen die erste Heuberguug vielfach behindert hat. Auch wird oft über Schädlinge wie Fritfliegen und Drahtwürmer geklagt. Bei Hackfrüchten hat mehrfach, teils aus Mangel an Arbeitskräften, teils wegen zu starker Niederschläge, das Unkraut überhand genommen.

Der Stand des Winterweizens ist im allgemeinen ein günstiger, wenn auch stellenweise über Rost und Brand geklagt wird. Dasselbe gilt für Spelz. Beim Winterroggen konnten die während seiner Blütezeit Mitte Juni durch Nachtfröste verursachten Schäden nicht überall ganz überwunden werden, sein Stand ist deshalb verschieden.

Das Sommergetreide hat sich in den trockenen Gebieten nicht immer günstig entwickelt, hauptsächlich dort, wo durch Stickstoffdünger nicht nachgeholfen worden ist. Immerhin sind die Aussichten für Sommerweizen und Sommergerste noch befriedigend zu nennen, während der gegen Trockenheit besonders empfindliche Hafer, mehrfach an seiner anfangs günstigen Ernteaussicht Einbuße erlitten hat.

Auch die Wintergerste, welche bereits geschnitten und zum Teil schon gedroschen ist, hat einen befriedigenden Ertrag geliefert.

Der Schnitt des Roggens hat seit Mitte Juli in den günstiger gelegenen Gebieten begonnen und wird bis Ende Juli einen großen Umfang annehmen, soweit nicht der Regen eine Verzögerung bewirkt.

Die Hackfrüchte haben sich bisher im allgemeinen günstig entwickelt, wenn es auch nicht an Klagen wegen zu später Aussaat und starker Verunkrautung fehlt.

Die Frühkartoffelernte hat infolge der Trockenheit in vielen Gegenden eine Verspätung erfahren und mehr oder weniger im Ertrage gelitten, während die Aussichten für die Herbstkartoffeln noch als günstig angesehen werden dürfen.

Die erste Heuberguug kann sowohl nach der Menge wie Beschaffenheit als günstig angesehen werden, nur in einigen Gegenden des Ostens und Nordens ist dieselbe durch häufige Niederschläge und leider auch durch Landarbeiterstreiks in starkem Maße beeinträchtigt worden und aus diesem Grunde noch häufig im Rückstande. Für den zweiten Schnitt sind im Süden und Westen Niederschläge dringend erforderlich.

Das ziffernmäßige Ergebnis unserer Rundfrage ist folgendes: 51 Proz. der Berichterstatter teilen mit, daß die Roggenernte begonnen hat. 32 Proz. derselben melden, daß der Körnerertrag des Roggens größer sei als im Vorjahre. 38 Proz. schätzen ihn gleich und 30 geringer.

Der Stand des Winterweizens wird mit 57 Proz. (gegen 67 im Juni) der Berichterstatter mit gut bezeichnet, von 40 Proz. (31) mit mittel und von 3 (3) Proz. mit schlecht.

53 Proz. (gegen 64 im Juni) halten den Stand des Sommerweizens für gut, 42 (31) für mittel und 5 (5) für schlecht.

Die Gerste schätzen 52 Proz. (gegen 63 im Juni) für gut, 39 (35) für mittel und 9 (2) für schlecht.

Der Hafer wird von 41 Proz. (gegen 61 im Juni) für gut gehalten, von 41 (33) für mittel und 18 (2) für schlecht.

Die Futterpflanzen sind zu 65 Proz. mit gut, zu 23 mit mittel und zu 12 mit schlecht geschätzt.

60 Proz. der Berichterstatter melden, daß die Hackfrüchte gut stehen, 33 mittel und 7 schlecht.

Auf die Frage, ob die Ernte der Frühkartoffeln begonnen hat, antworten 25 Proz. mit ja und 75 Proz. mit nein.

78 Proz. (gegen 74 im Juni) melden, daß die Niederschläge genügend sind, 22 nein.

7 Proz. (gegen 6 im Juni) der Berichterstatter melden, daß Streiks stattgefunden haben, 93 nein.

Gefährliche Gewebestoffe.

Mehrere in letzter Zeit vorgekommene Unfälle lassen darauf schließen, daß die während des Krieges zur Anfertigung von Kartuschbeuteln im Auftrage der Heeresverwaltung hergestellten Gewebe später in den Handel gekommen sind und u. a. unter der Bezeichnung „Kunstseide" vertrieben werden. Diese Stoffe verbrennen entsprechend ihrem eigentlichen Verwendungszweck bei Entzündung, ja sogar schon bei Erwärmung überaus heftig, unter Umständen explosionsartig.

In einem Falle ging einem Arbeiter plötzlich, vermutlich durch eine Zigarette, das aus derartigem Stoff gefertigte Hemd in Flammen auf. Der Arbeiter erlag den hierdurch erlittenen Brandwunden. In einem anderen Falle explodierte der als Futter zu einem Bekleidungsstück verwendete Stoff beim Plätten, wodurch großer Sachschaden verursacht wurde. Vor dem Ankauf und der Verwendung dieser fälschlich als Kunstseide bezeichneten Kartuschbeutelstoffe muß daher eindringlich gewarnt werden. In Zweifelsfällen ist ein etwa fingerlanges und zwei Finger breites Stückchen des Stoffes anzuzünden; Pulvergemebe brennt dann fast augenblicklich ab. Wegen dieses schnellen Abbrennens ist der Versuch abseits von anderen leicht brennbaren Gegenständen, insonderheit von dem auf Lager befindlichen Stück des Gewebes, zu machen und so anzustellen, daß das zu verbrennende Gewebestückchen nicht zwischen den Fingern gehalten wird.

Kartuschbeutelstoffe, die bei der Verbrennungsprobe plötzlich verbrennen, sind Sprengstoffe, für deren Besitz und Vertrieb nach dem Gesetz vom 9. Juni 1884 ein Sprengstofferlaubnisschein nötig ist. Verstöße gegen dieses Gesetz sind mindestens mit Gefängnisstrafe von drei Monaten bedroht, also ist größte Vorsicht in doppelter Hinsicht geboten.

Unfall. In der Trotbaer Straße sprang ein junges Mädchen während der Fahrt von der Elektrischen und fiel auf das Pflaster, ohne dabei Schaden zu nehmen. Es raffte sich schnell auf, stieß aber in diesem Augenblicke gegen einen Radfahrer, wodurch es wieder zu Falle kam und dabei 2 Finger der rechten Hand brach.

Provinzial-Nachrichten.

♢ **Lochau, 21. Juli.** (Aus der Gemeinde.) Die Bewirtschaftung der Pflaumen soll wie im Vorjahre durch die Gemeinde geschehen und der Ernteertrag gleichmäßig nach der Kopfzahl zur Verteilung gelangen, ein Verfahren, das im Vorjahre angesprochen hat. Der Zusammenschluß mehrerer Gemeinden zu einer wirtschaftlichen Vereinigung, sowie die Errichtung einer Zweigstelle für das Mieteinigungsamt des Saalkreises gaben in der Gemeindevertretung noch Veranlassung zu längeren Besprechungen und Erörterungen, doch soll in letzterer Frage erst noch die Gemeinde Döllnitz gehört werden.

♢ **Köthen, 21. Juli.** (Ein Einbruchsdiebstahl) wurde nachts in der Elsterstraße bei der Witwe F. ausgeführt. Diebe drangen in das frühere Brauereigehöft, erbrachen die Viehställe, schlachteten ein Schwein von über 1 Zentner Gewicht sowie 2 Gänse und 7 Hühner an Ort und Stelle ab und verschwanden mit der Beute.

Weißenfels 21. Juli. (Volkshaus-Umbau und Theaterfrage.) Am Sonnabend fand auf dem Rathaus eine Sitzung statt, die von Vertretern sämtlicher Stadtverordneten-Fraktionen (mit Ausnahme der Beamten-Fraktion) und des Magistrats besucht war. Die Anwesenden erklärten sich damit einverstanden, für den Volkshaus-Umbau zu einem Theater den Betrag von 550 000 Mark zu bewilligen und mit den Arbeiten sofort beginnen zu lassen; ferner mit dem Theaterdirektor Rudolf zunächst auf ein Jahr einen Vertrag abzuschließen und ihm das dann neu geschaffene Theater zum Theaterspielen auf eigene Rechnung ohne Konkurrenz zur Verfügung zu stellen. Letzterem beschluß stimmten auch die Demokraten zu.

○ **Teutschenthal, 21. Juli.** (Seltsamer Unfall.) In dem benachbarten Langenbogen hatte der Bäckermeister Zörner einen Glasballon mit Stachelbeeren zum Gären angesetzt, um Wein zu keltern. Infolge der stürmischen Gärung hatte sich aber der Gärschlauch versetzt, so daß der Ballon explodierte, wobei Z. durch Glassplitter so stark am Unterarm verletzt wurde, daß er nach der hallischen Klinik gebracht werden mußte, da der Arzt des großen Blutverlustes wegen die Verantwortung nicht auf sich nehmen wollte.

Naumburg, 21. Juli. (Zu dem Droschkenraube) bei Laucha wird noch gemeldet: „Es ist geglückt, die Täter zu ermitteln und auch den Beraubten wieder in den Besitz seines Wagens und der Pferde zu bringen. Kurz vor Weimar hatten die Täter versucht, die Pferde für 32 000 Mark zu verkaufen. Der Handel war bereits abgeschlossen und das Geld lag auf dem Tische. Da für die Kutsche ein auffallend niedriger Preis verlangt wurde, sah sie sich der Käufer näher an und bemerkte, daß die Droschkennummer frisch überstrichen war. Da traf auch bereits die Nachricht vom Raube ein. Dem einen Täter gelang es, zu entweichen; der andere, ein Koppelknecht aus Weimar, wurde festgenommen.

Eichicht (Thür.), 20. Juli. (Muttermord.) Hier ist eine Frau von ihrer erwachsenen Tochter durch Phosphor vergiftet worden. Die geistig nicht normale Tochter hatte öfters Streitigkeiten mit ihrer Mutter. Am Sonnabend mischte sie das Gift in weißen Quarktäge und bestrich damit ein Brot, das die Mutter später verzehrte. Nach dem Genuß stellten sich bald Vergiftungserscheinungen ein, an denen die Frau, die guter Hoffnung war, nach einer Frühgeburt am Sonntag verschied. Das Mädchen zeigte sich bei einer Gegenüberstellung mit der Leiche vollständig teilnahmslos. Es ist in Rudolstadt in Untersuchungshaft und wird dort auch auf ihren Geisteszustand untersucht.

Gera, 21. Juli. (Unterschlagung.) Wie die hiesige „Ostthüringer Tribüne" meldet, hat der Schatzmeister des „Stahlhelms" (Bund der Frontsoldaten), Leutnant der Reserve Heinau, von dem etwa 30 000 Mark betragenden Vereinsvermögen rund 13 000 Mark veruntreut und in Damengesellschaft in Zechgelagen verbraucht.

Hildburghausen, 21. Juli. (Durch einen Stier getötet.) Beim Angeln wurde der Oberpostschaffner a. D. Karl Förstemann, ein Veteran von 1870/71, von einem Stier angefallen, der den alten Mann so übel zurichtete, daß der Tod alsbald eintrat.

Dresden, 21. Juli. (Eine Werkstelle für Farbenkunde.) Die sächsische Volkskammer bewilligte 50 000 Mark zur Errichtung einer Deutschen Werkstelle für Farbenkunde in Dresden, die auf Anregung des bekannten Chemikers Ostwald gegründet worden ist. Die Stadt Dresden bewilligte ebenfalls 50 000 Mk., die Reichsstelle für Textilwirtschaft 100 000 Mk. und die Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarben-Industrie 50 000 Mk.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Der frühere Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 21. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Aeltestenrat des Reichstages trat heute mittag um 1 Uhr zusammen und beschloß mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der in Spa getroffenen Entscheidungen den Reichstag statt, wie in Aussicht genommen, am 28., bereits am 23. Juli zusammentreten zu lassen. Die Sitzung soll nachmittags 5 Uhr beginnen. Auf der Tagesordnung stehen die Wiederholung der Präsidentenwahl, Entgegennahme von Berichten des Reichskanzlers und des Ministers des Auswärtigen über Spa, außerdem kleine Vorlagen. Es ist beabsichtigt, die Besprechung am Dienstag mittag 1 Uhr zu beginnen und an diesem Tage nicht zu Ende zu führen. Man hofft, daß das reichhaltige Arbeitsprogramm bis Anfang August bewältigt werden kann.

Aus dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Berlin, 21. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten hat heute nachmittag eine Aussprache über die Vorgänge von Spa beendet. Den Verhandlungen wohnte Reichskanzler Fehrenbach, der Reichstagspräsidenten und eine Anzahl von Ministerpräsidenten der Einzelländer bei, die am Vormittag in Berlin versammelt waren, am gleichzeitig Bericht über Spa zu erhalten. Einmütig wurde von allen Rednern festgestellt, daß der Auswärtige Ausschuß nicht berufen sei, Beschlüsse zu fassen, sondern daß es dem Reichstag vorbehalten bleiben müsse, über die Ergebnisse der Verhandlungen in Spa das Vertrauen oder das Mißtrauen auszusprechen. Es ging aber aus den Darlegungen der einzelnen Parteiführer, von denen heute Stresemann, Spahn, Schiffer, Pfeiffer, Breitscheid, Stampfer und andere sprachen, hervor, daß die Regierung mit einer großen Mehrheit im Reichstage rechnen könne und ihr für ihr Verhalten in Spa das Vertrauen ausgesprochen wird. Es scheint, daß nur die Deutschnationale Volkspartei sich der Stimme enthalten wird.

45% der Sicherheitspolizei gewerkschaftlich organisiert.

Berlin, 21. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) In der letzten Zeit ist eine größere Anzahl von arbeitslosen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten in die Sicherheitspolizei aufgenommen worden, deren Zusammensetzung sich dadurch wesentlich geändert hat. Gegenwärtig sind 45 Prozent der Sicherheitspolizeimannschaften gewerkschaftlich organisiert.

Zusammenstöße in Königsberg.

WTB. Berlin, 21. Juli. (Drahtnachricht.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" berichtet aus Königsberg von ernsten Zusammenstößen. Ausständige versuchten heute vormittag der Technischen Nothilfe den Zugang zur Waldmühle zu sperren. Sicherheitspolizei hat eingegriffen. Mehrere Arbeiter sind verwundet worden. Nach einem Versuch, das Elektrizitätswerk zu stürmen und den von der Technischen Nothilfe aufrechterhaltenen Betrieb stillzulegen, gelang es der Sicherheitspolizei, die Menge zu zerstreuen.

Keine rote Armee in Hamburg.

Berlin, 21. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Durch die Presse sind Gerüchte gegangen, in denen von Organisationsgrundlagen roter militärischer Formationen in Hamburg gesprochen wurde. Ein Bestehen irgend welcher derartiger Formationen konnte nicht festgestellt werden. Es ist dagegen ermittelt worden, daß eine Versammlung, in der ein angeblich roter Mobilmachungsplan besprochen werden sollte, nicht stattgefunden hat.

Die Untersuchung der Märzvorgänge.

Berlin, 21. Juli. Der unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stock arbeitende paritätisch zusammengesetzte Untersuchungsausschuß im Reichswehrministerium für die Prüfung des Verhaltens der Offiziere während der Märzvorgänge hat seine Untersuchung gegen die Marineoffiziere abgeschlossen. Insgesamt wurden 236 Offiziere beschuldigt. Der Ausschuß hat die Fälle folgendermaßen abgeschlossen: 1. Bei fünf Fällen ist auf Verabschiedung erkannt worden, 2. bei 13 Dienstenthebung, 3. bei 41 Beurlaubung, 4. bei 11 Versetzung, 5. bei 23 Umkommandierung, 6. bei 12 ist die Disziplinaruntersuchung beantragt worden. Bei 120 wurde beantragt, nichts zu unternehmen.

Ein Riesenbrand im Schwarzwald

Freiburg, 21. Juli. Der Brand auf dem Sägewerk von Himmelsbach in Neustadt (Schwarzwald) wütet noch. Die riesigen Holzlager sind bereits halb ausgebrannt. Der Bahnverkehr auf der Höllentalbahn, die unmittelbar an dem Lagerplatz vorbeiführt, konnte bisher aufrecht erhalten werden. Dagegen wurden sämtliche Telephon- und Telegraphenleitungen zerstört. Der Schaden wird auf 25 bis 30 Millionen Mark geschätzt.

Die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte.

WTB. Paris, 21. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Bei einem Essen zu Ehren des Kommandanten der amerikanischen Seestreitkräfte in Europa Vizeadmiral House erklärte dieser, er gedenke sich für einige Zeit in Europa aufzuhalten. Seine Mission in Europa beziehe sich auf die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200722012/fragment/page=0003

Kunst und Wissenschaft.

Hermann Hesse — Verfasser des „Demian". Emil Sinclairs „Demian", die mit dem Fontane-Preis gekrönte Geschichte einer Jugend (S. Fischer, Verlag, Berlin), ist, wie Berliner Blätter erfahren, von Hermann Hesse geschrieben. Hesse hatte das Pseudonym Sinclairs gewählt, um das Buch nur durch sich selbst und nicht durch den Namen des Autors wirken zu lassen.

Sport der „Saale-Zeitung".

Siegerfeier des Halleschen Turn- und Sportvereins.

Die glänzenden Erfolge der Wettkämpfer des Vereins beim Jubel-Gauturnfest in Naumburg bestimmten den Turnrat zur Abhaltung einer Siegerfeier im Anschluß an die Vierteljahrsversammlung am 17. Juli. 28 Siege verzeichnete das Kampfgericht für den ältesten hallischen Turnverein und wenn die zählbaren Erfolge bei einem Gauvereine größere sind, so blieben doch die Kämpfer des Halleschen Turn- und Sportvereines unerreichbar in der Qualität ihrer Leistungen. Die größte Ehre für den Turner ist noch immer die Erreichung des schlichten Eichenkranzes im Zwölfkampf (8 Geräte, 3 volkstümliche, 1 Freiübung) und gerade hier bewiesen der Verein die ersten Plätze in beiden Stufen. Als 1. Sieger in der 1. Stufe des Zwölfkampfes ging Willi Kummer mit 127 Punkten, als 2. Sieger H. Schneider mit 124 Punkten hervor. In der 2. Stufe des Zwölfkampfes entfielen sogar die drei ersten Siege zum Verein mit W. Gerlach (124 P.), Fr. Orling (122 P.) und P. Proft (121 P.). Aber nicht nur die Turner des Vereins verschafften sich die Führung, sondern auch seine Leichtathleten marschierten an der Spitze. Mit 60 Punkten erreichte Fr. Fuge I in den sportlichen Wettkämpfen (100 Meter-Lauf, Stabhochsprung, Schleuderball) den 1. Sieg, mit 57 Punkten schloß sich H. Proft als 3., mit je 56 Punkten W. Kummer und E. Biesecker als 4. Sieger an.

Wenn dem Verein in den Gaumeisterkämpfen am Gerät der Erfolg versagt blieb, so trägt daran der angesetzte Termin der Abhaltung dieser Kämpfe die Hauptschuld. Die Anwärter des Vereins um die Meisterschaften waren im ausschließlichen Teile verpflichtet, die Farben des Vereins auch bei den leichtathletischen Wettkämpfen zu vertreten. Sie traten also nicht ausgeruht, sondern abends 6 Uhr nach einer 10stündigen ununterbrochenen Kampfarbeit zu den Gaumeisterwettkämpfen an. W. Kummer kam gerade vom Stabhochsprung, bei dem er mit 3,20 Meter die Höchstleistung des Tages erreicht hatte. Wie kann man da Meisterschaften am Gerät verlangen? Hier wird in Zukunft eine Aenderung eintreten müssen.

Im einzelnen ergibt die Siegerliste des Vereins folgende Resultate: Zwölfkampf: 1. Stufe: W. Kummer 127 P., H. Schneider 124 P., O. Niensteedt 113 P., W. Rauchfuß 109 P., Fr. Theil 100 P., K. Kleine 96 P., P. Gellert 95 P., O. Steltner 90 P. 2. Stufe: W. Gerlach 124 P., Fr. Gerlach 122 P., H. Proft 121 P., W. Zeising 116 P., Fr. Fuge II 103 P., O. Brode 97 P., W. Lehmann 80 P. Dreikampf der Turner über 45 Jahre: W. Klinz 50 P., M. Otto 41 P., R. Klinz 40 P. Dreikampf der Turner von 35—45 Jahren: O. Wernicke 58 P., Redmann 56 P. Vierkampf der Frauen: Frl. Winder 60 P. Sportliche Wettkämpfe: Fr. Fuge I 60 P., H. Proft 57 P., W. Kummer 56 P., E. Biesecker 56 P., H. Schneider 54 P., H. Hübner 51 P., Fr. Orling 50 P.

Rennen zu Harzburg.

Preis vom Brocken. 9000 Mk., 3000 Meter. 1. Zringa (Raib), 2. Lustig (Ackermann), 3. Das Pupperchen (Herker). Tot.: Sieg 37, Platz 16, 17, 27 : 10. Ferner liefen: Puppchen, Hexenkind, Blumengala, Puppi, Paganini, Saarfels.

Preis von Romolkwitz. 9000 Mk., 1400 Meter. 1. Tans (Kränslein), 2. Sybille (Wermann), 3. Pan Demon. Tot.: Sieg 24, Platz 19, 14 : 10. Ferner liefen: Prise, Gerd.

Calveley-Ausgleich. 9000 Mk., 3800 Meter. 1. Biedermann II (Heidemann) und Nova (H. Schols), 3. Möve II (Lüder). Tot.: Sieg 17/21, Platz 19, 25 : 10. Ferner liefen: Bierzehnte, Slota Lipa.

Schmidt-Pauli-Gedächtnisrennen. 15 000 Mk., 4200 Meter. 1. Sonntagsmädel (Wegener), 2. Triumph II (Teichmann), 3. Harem (Ackermann). Tot.: Sieg 38, Platz 17, 14 : 10. Ferner liefen: Luchs, Violetta, Mechow.

Preis vom Hexentanzplatz. 9000 Mk., 2700 Meter. 1. Romberg (Teichmann), 2. Fischerin (Schuldt), 3. Taktfest. Tot.: Sieg 19, Platz 11, 11 : 10. Ferner liefen: Alexis, Siguri.

Preis von Neuhaus. 9000 Mk., 2500 Meter. 1. Domibucus (Gr. Braune), 2. Sandschack (Gr. Schuls), 3. Robert (Gr. Vogt). Tot.: Sieg 26, Platz 11, 11 : 10. Ferner liefen: Bora, Schneeball.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die deutschen Schiffahrtslinien und Amerika.

Zu dem zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und Harriman vereinbarten zwanzigjährigen Zusammenarbeiten ist laut „Frkf. Ztg." noch folgendes mitzuteilen:

Harriman bringt Schiffe ein, von denen er 1½ Mill. To. kontrolliert, Hapag Organisation und Beziehungen. Der Geist des Vertrages beruht ausgesprochen auf Vertrauen. Jeder Kontrahent kann, sofern er nach einiger Zeit erhebliche Nachteile für sich herausfindet, eine Revision des Vertrages verlangen. Bei erheblichen Meinungsverschiedenheiten entscheiden Schiedsgerichte, von denen eines den Präsidenten der Rotterdamer Handelskammer zum Vorsitzenden hat. Hapag kann den Vertrag nur teilweise in Deutschland veröffentlichen, doch ist bekannt geworden, daß der Gewinn zu gleichen Teilen aufgeteilt wird, wobei vom Gewinn beiderseitige fest fixierte Selbstkosten in Abzug gebracht sind, so daß etwaige Ersparungen die Ermöglichung größerer Vorgewinne ausschließen. Es scheint, daß die deutsch-amerikanische Verbindung vor allem auch das Zwischendeckgeschäft betreiben wird. Es sollen besonders Steeragedampfer laufen. Zwischen Hapag und dem Norddeutschen Lloyd wird das Verhältnis in den nächsten Jahren wieder ähnlich sein wie damals, als der Aufstieg bei beiden begonnen hat. Während Hapag vor allem das Frachtgeschäft pflegen will, wird der Lloyd wohl in erster Linie Passagierlinie werden. Die in gutem Fortschreiten begriffenen Verhandlungen zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der United States Line Steamship Company werden vorwiegend große bekannte, vor allem vormals deutsche Passagierschiffe in die Verwaltung des Lloyd bringen. Freilich werden diese Dampfer teilweise erst umgebaut werden müssen. Die Hapaglinie scheint wohl kaum in nächster Zeit mit der Ankunft von Harrimandampfern rechnen zu dürfen. Diese sind zurzeit noch anderweitig gechartert und sollen jeweils bei Ablauf der Charterung in den allgemeinen Linienverkehr eingestellt werden.

Händlerkäufe auf der Nürnberger Häuteauktion.

Auf der in Nürnberg stattgefundenen Häuteauktion kamen sämtliche bayerischen Gefälle, nämlich 26 541 Großviehhäute, 10 239 Kalbfelle, 898 Schaffelle, 451 Ziegenfelle und 173 Rohhäute zur Versteigerung. Gegenüber der Nürnberger Juniauktion, die Preissteigerungen bis zu 40 Prozent aufwies, wurden abermals bis zu 30 Prozent höhere Preise erzielt. Als Käufer traten in der Hauptsache zwei norddeutsche Händler auf. Die Industrie und namentlich Süddeutschland beteiligten sich fast gar nicht. Es erzielten Ochsenhäute bis 39 Pfund 12,65 bis 13,55 ℳ (letzte Auktion Durchschnittspreis 9,25 ℳ), von 40 bis 59 Pfund 13,50—14,50 ℳ (9,55 ℳ), von 60—79 Pfund 13,65 bis 14,55 ℳ (10,35 ℳ) und über 80 Pfund 13,20—13,70 ℳ (10,35); Bullenhäute bis zu 39 Pfund 12,55—14,15 ℳ (9,75 ℳ), von 40 bis 59 Pfund 11—12,75 ℳ (9,30 ℳ), von 60—79 Pfund 10—12,25 (8,20) ℳ und über 80 Pfund 9—10,45 ℳ (7,55 ℳ); Kuhhäute bis zu 39 Pfund 13,65—13,75 ℳ (9,15 ℳ), von 40—59 Pfund 13,90 bis 14,75 ℳ (9,35 ℳ), von 60—79 Pfund 13,65—14,45 ℳ (9,65 ℳ) und über 80 Pfund 13 ℳ (9,55 ℳ); Rinderhäute bis zu 39 Pfund 14,05—14,50 ℳ (10,10 ℳ), von 40—59 Pfund 14,10—14,55 ℳ (10 ℳ), von 60—79 Pfund 13,95—14,85 ℳ (10,05 ℳ) und über 80 Pfund 13,50 ℳ (10,05 ℳ); Kalbfelle ohne Kopf 15,90—16,40 ℳ (14,25—15,15 ℳ) und mit Kopf 13—13,50 ℳ (13,45 ℳ).

Die Lederbörse, die sich an die 9. Bayerische Häuteauktion anschloß, hatte bei gutem Besuch stilles Geschäft zu verzeichnen. Infolge der Ungewißheit, die noch immer die Marktlage beherrscht, hielten die Käufer, obgleich in Verbraucherkreisen zweifellos Bedarf vorliegt, noch zurück.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 21. Juli. Bei zunehmender Beteiligung des Privatpublikums an den zu Einheitskursen gehandelten Papieren bleibt die Stimmung an der Börse auch für die zu schwankenden Kursen gehandelten Papiere trotz leichter Rückschläge ausgesprochen fest. Heute vereinigte sich das Interesse am Montanmarkt auf oberschlesische Werte, sowie ferner auf Kali- und Elektrizitätsaktien und ihren Verkehr auf Mansfelder Kuxe, die auf 4550 stiegen. Bismarckhütte und Oberbedarf stiegen bei wesentlichen Steigerungen, erstere um 30 Prozent, wogegen rheinisch-westfälische Werte mit wenigen Ausnahmen realisiert wurden und etwas niedriger lagen. Bei Elektrizitätsaktien betrugen die Besserungen bis zu 10 Prozent, Siemens u. Halske aber verloren von der gestrigen nachbörslichen Steigerung 25 Prozent, Kaliaktien stiegen bis zu 20 Prozent und auch in den im freien Verkehr gehandelten Kaliaktien entwickelte sich bei steigenden Kursen reges Geschäft. Petroleum- und Kolonialwerte traten dagegen ganz in den Hintergrund. Fest lagen auch die Schiffahrtsaktien. Von heimischen Renten erfuhren preußische Konsole leichte Kurserholungen, ausländische waren wiederum nahezu geschäftslos.

Devisenkurse.

Berlin, 21. Juli.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute		Gestern	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam—Rotterdam	1356,10	1358,90	1353,60	1356,40
Brüssel-Antwerpen	339,65	340,35	339,65	340,35
Christiania	641,85	643,15	639,35	640,65
Kopenhagen	637,35	638,65	638,35	639,65
Stockholm	848,15	849,85	848,15	849,96
Helsingfors	148,80	49,20	149,80	150,20
Italien	223,75	224,25	224,75	225,25
London	149,72½	150,02½	149,47½	149,77½
New York	39,07½	39,17½	39,20	39,30
Paris	319,65	320,35	319,15	319,85
Schweiz	682,80	683,20	679,30	680,70
Spanien	616,85	618,15	614,35	615,65
Wien (alles)	23,22	23,28	22,72	22,78
(Deutsch-Oest. abgest.)	25,57	25,63	25,47	25,53
Prag	84,52½	84,72½	84,52½	84,72½
Budapest	24,07	24,13	23,87	23,93
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 21. Juli. Infolge großen Angebots, dem nur geringe Kauflust gegenüberstand, gingen die Preise am Hafermarkt heute weiter zurück. In Hülsenfrüchten blieb das Geschäft still und vereinzelt kam es zu einigen Abschlüssen in Erbsen. Von Lupinen blieb gute Saatware begehrt. Die Strohpreise behaupteten sich für drahtgepreßte Ware, für gebündelte mangelte es an Käufern. Wetter schön.

Berlin, 21. Juli. Amtliche Notizen. Preis für 1000 Kg. in Mark: Inländ. Hafer loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestation 2360—2380. Tendenz matter.

Kapitalsverdoppelung bei Poege A.-G. in Leipzig. Eine auf den 13. August einberufene außerordentliche Generalversammlung soll über die Erhöhung des Aktienkapitals von 12 auf 24 Mill. Mark Beschluß fassen. Den Grund zu dieser neuen Kapitalserhöhung bilden die allgemein bekannten Verhältnisse. Der Geschäftsgang wird als zufriedenstellend bezeichnet. Das Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres ist günstig und läßt eine angemessene Dividende erwarten. Im Vorjahre wurde eine Dividende von 17 Proz. verteilt.

Otto Wolf und die Rheinische Metallwarenfabrik. Zu dem Erwerb eines größeren Postens Aktien der Rheinischen Metallwarenfabrik durch die Kölner Eisengroßfirma Otto Wolf erfährt man noch, daß der Betrag des Aktienpostens auf 6 Millionen Mark beziffert wird. Durch den Bezug der jungen Aktien im Verhältnis von 1 : 1 wird Wolf seinen Besitz auf 12 Millionen steigern und damit wohl praktisch die Generalversammlungsmajorität haben. Der Firma Wolf soll auch ein Vertreter im Aufsichtsrat bewilligt werden.

Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte in Rosenberg. Die Gesellschaft erzielte in 1919/20 nach 4 896 540 (i. V. 4 350 336) ℳ Abschreibungen einen Reingewinn von 10 404 249 (2 349 400) ℳ und verteilt 10 (7) Prozent Dividende.

Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. in Gleiwitz. Zum 21. Juli hat die Gewerkschaft Steinkohlenwerk Vereinigte Glückhilf-Friedenshoffnung nach Waldenburg eine Gewerkenversammlung einberufen zwecks Besprechung und Entschließung über einen vorliegenden Kuxenverkaufsvorschlag. Als Käuferin tritt die Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. (Caro-Segenscheidt) auf. Wie bekannt, hat bereits vor einiger Zeit die A.-G. Oberschlesische Kokswerke und chemische Fabriken die Majorität der Weißsteiner Fuchsgrube-Kuxe erworben. Die Grundzüge des obigen Vorschlages lauten wörtlich wie folgt: Der Bewerber bewertet den gewerkschaftlichen Kux zum 1. Juli 1920 mit 6000 Mark. Es ist die Möglichkeit vorzusehen, daß dem Abschluß des Kaufes ein ab 1. Juli 1920 laufender vierjähriger Schwebezustand vorhergeht, in dem dem Bewerber lediglich das Niebbrauchsrecht an den Kuxen gegen Entgelt von jährlich 400 Mark je Kux eingeräumt wird. Bei Ablauf des Niebbrauchsrechts hat sich der Bewerber zu entscheiden, ob er die Kuxe kaufen will oder nicht. Uebernimmt er zu diesem Zeitpunkt die Kuxe nicht, so hat er ein Reugeld von 4000 Mark je Kux zu zahlen und die Kuxe verbleiben ihrem alten Eigentümer. Uebernimmt er die Kuxe, so sind im Interesse des Gewerken und nach seiner Wahl zwei Möglichkeiten vorgesehen: a) Uebernahme gegen Tilgungsrente von jährlich 400 Mark je Kux, die auf 32 Jahre gewährt wird, und zwar vom Zeitpunkt des Niebbrauchsbeginns. Für die Rente übernimmt Bewerber eine jährliche Ablösungsfrist in gewissem Umfange nach einem Tilgungsplan. b) Uebernahme gegen Barzahlung. Als Kaufpreis zum Juli 1924 wird vorgesehen 5600 Mark je Kux gegenüber dem eingangs genannten Wert von 6000 Mark zum Juli 1920, der bis 1924 durch teilweise Tilgung natürlich eine kleine Ermäßigung erfahren muß. Die Verpflichtungen des Bewerbers werden durch doppelte Bankbürgschaft sichergestellt. Sämtliche Risiken, auch die durch Eintritt ungewöhnlicher Ereignisse und Sozialisierung, trägt der Bewerber.

Elektrizitätswerke Liegnitz, A.-G. Der Aufsichtsrat beschloß, für das Jahr 1919 eine Dividende von 5 Prozent (wie i. V.) auszuschütten.

Die Braunkohlenausfuhr aus der Tschecho-Slowakei nach Deutschland belief sich im Mai auf 245 806 To. Davon entfielen auf Sachsen rund 129 000 To., auf Bayern fast 89 000 To. und der Rest auf das übrige Deutschland. Auf das Kontingent von 256 000 Tonnen sind nur 228 327 To. geliefert worden. Nach Böhmen wurden aus Deutschland 88 361 To. Steinkohlen ausgeführt.

Meuerische A.-G. für Spritmetall-Verdedung in Berlin. Die Generalversammlung beschloß, das Grundkapital um 1 050 000 ℳ auf 2 100 000 ℳ zu erhöhen. Die neuen Aktien werden von einer Gruppe zum Nennwert übernommen. Ueber den Antrag hinsichtlich Erwerbs von Anlagen, Einrichtungen usw. konnte ein Beschluß nicht gefaßt werden, weil das erforderliche Kapital nicht vertreten war. Es handelt sich um Erwerb der Fabrikanlagen nebst Geschäften der Frankonia A.-G. mit Wirkung vom 1. Januar 1920, die gegen Gewährung von 1,05 Mill. Mark der Meuer-Aktien übereignet werden.

Deutschland, Rückversicherungs-A.-G. zu Berlin. Das Geschäftsjahr 1919 ist dem Bericht zufolge gut verlaufen. In der Lebensrückversicherung betrug der Versicherungsbestand Ende 1919 an Kapital und Renten roh 42 720 670 ℳ (i. V. 37 062 876 ℳ) und rein 34 947 690 (21 659 692) ℳ. Die Prämieneinnahme im Feuergeschäft betrug 13 527 615 (9 938 483) ℳ. Die Wertpapiere wurden nach den Börsenkursen vom 31. Dezember 1919 bewertet, wodurch ein Kursverlust von 385 824 ℳ entstanden ist. Das Gesamtergebnis weist einen Gewinn von 258 712 ℳ auf, woraus 8 Proz. Dividende (i. V. 0) verteilt werden. Der bisherige Verlauf des Geschäftsjahres 1920 war befriedigend.

Leipziger Pianofortefabrik vorm. Gebr. Zimmermann in Mölkau. Der Geschäftsgang ist zurzeit ungewöhnlich still, trotzdem die Preise für die Fabrikate stark herabgesetzt worden sind, stockt der Absatz fast gänzlich. Im vergangenen Jahr dürfte das Unternehmen, das über große Vorräte verfügt, günstig gearbeitet haben; aber mit Rücksicht auf die Bestände wird man sehr vorsichtig bilanzieren müssen. Die Abschlußarbeiten sind noch zu gefördert, daß man etwas Näheres sagen kann; immerhin besteht die Hoffnung, daß eine gute Dividende zur Verteilung gelangen kann. Eine Kapitalserhöhung kommt nicht in Betracht. Das endgültige Resultat wird auch von der wirtschaftlichen Lage beeinflußt.

Tabak-Bilanzen. Die Zigarettenfabrik Georgii u. Herr A.-G., Stuttgart, verzeichnet für das letzte Geschäftsjahr einen Rohertrag von 2,15 (2,21) Mill. Mk. und einen Reingewinn von 396 200 (300 800) Mk. Unkosten, Abschreibungen und Rücklegungen sind wieder in einen Posten vereinigt, und zwar mit 1,82 (1,91) Mill. Mark. Die Bilanz enthält 10,52 (1,67) Mill. Mk. Vorräte und 10,72 (3,62) Mill. Mk. Kreditoren. Die Fr. Synowatka A.-G. Zigaretten-, Zigarren- und Rauchtabakfabriken Bruchsal in Baden erzielte im ersten Geschäftsjahre einen Bruttogewinn von 498 100 Mark und einen Reingewinn von 482 900 Mk., woraus eine erste Dividende von 50 Mk. pro Aktie verteilt worden ist. Die Bilanz enthält 2,79 Mill. Mk. Debitoren und 3,71 Mill. Mk. Kreditoren.

Tüll- und Gardinen-Weberei A.-G. in Plauen i. V. Die Verwaltung beantragt die Ausschüttung einer Dividende von 20 (15) Prozent. Außerdem soll die Erhöhung des Grundkapitals beschlossen werden, und zwar mindestens eine Verdoppelung des 1,8 Mill. Mk. betragenden Aktienkapitals.

Berliner Börse

vom 21. Juli 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	325,00
4½/ Dtsch.Schatzsch VI—IX	74,20	Chem. Heyden	350,00
5% Dtsch. Reichsanl.	79,50	Consolidation Schalk	725,00
4% „ „	69,90	Crölwitzer Papierfbk.	274,00
3½% „ „	61,50	Daimler Motoren	225,50
3% „ „	57,75	Deutsche Luxensee-Elektr.	—
4% Preuß. Konsols.	67,75	Deutsche Erdöl	1565,00
3½% „ „	60,70	Deutsche Gasglühl.	5000,00
3% „ „	54,60	Deutsche Kali	434,00
4% Charl. Stadtanl. 09/99	93,00	Deutsche Waffen und Mun.	383,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	97,00	Donnersmarckhütte	400,00
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl.	—	Döring & Lehrmann	164,75
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	98,00	Dürrkoppwerk	—
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	98,75	Engelhardt-Brauerei	240,00
4½% Dess. Gas Oblig.	—	Elberfelder Farben	211,00
4½% Dessauer Gas Obl.	—	Felten & Guilleaume	420,00
		Gasmotoren Deutz	205,00
		Gebhard & Co.	—
		Gebhard & König	275,00
		Gelsenkirchen Berg.	329,00
		Glauziger-Zuckerfbk	524,36
		Hallesche Maschfbk.	480,00
		Hann. Masch.	351,25
		Harpener Berg	364,00
		Hasper Eisen	575,00
		Hirsch Kupfer	288,00
		Höchster Farbwerke	379,00
		Hoesch Eisen u. Stahl	395,00
		Hohenlohe Werke	227,50
		Humboldt Masch.	180,00
		Ilse Bergbau	415,00
		Kahla Porzellan	409,00
		Kaliw. Aschersleben	429,00
		Körbisdf. Zucker-Akt.	395,00
		Kyffhäuserhütte	—
		Lahmeyer & Co.	190,00
		Lauchhammer	380,00
		Laurahütte	268,75
		Linke & Hofmann	360,00
		Ludwig Loewe & Co.	299,00
		Lothringer Hütte	297,00
		Mannesmannröhren	381,00
		Masch.-Fabr. Buckau	248,00
		Oberschl. Eisenb.-Bd.	233,00
		do. Caro Hag.	200,00
		do. Kokswerke	424,00
Bank-Aktien:		Orenstein & Koppel	280,00
Bank f. Thür.	155,50	Phönix Berg	450,00
Berl. Handelsges.	208,50	Rhein. Metall-Vorz.	302,25
Commerz-Diskontobank	159,00	Rhein. Stahlwerken	355,00
Darmstädter Bank	145,50	Riebeck & Montan	385,00
Dessauische Landesbank	127,00	Rombacher Hütten	—
Deutsche Bank	—	Rositzer Braunk.	419,00
Diskonto-Comm.	197,00	Rositzer Zucker	242,50
Dresdner Bank	161,25	Sangerhäuser Masch.	413,00
Leipzig. Credit-Anst.	153,00	Hugo Schneider A.-G.	262,00
Mitteld. Kreditbank	141,75	Schuckert & Co.	—
Mitteld. Privatbank	152,50	Siemens & Halske	348,00
Nationalbank	150,75	Stettiner Cham.	305,00
Oesterr. Kredit	88,00	Stettiner Vulkan	240,25
Reichsbank	150,00	Stollberger Zinkh.	272,50
Industrie-Aktien:		Strals. Spielkarten	367,00
Schultheiss-Brauerei	242,75	Thale-Eisenhütte	423,75
Akt. f. Anilin	372,75	Triptis Porzellan	231,50
Allgem. Elektr. Ges.	313,00	Türk. Tabakregie	730,00
Ammendorfer Papierfabrik	686,00	Ver. Köln-Rottweiler	301,00
Anhalter Kohlenw.	330,00	Ver. Glanzstoff	979,00
Annaberger Steingut	359,00	Wegelin & Hübner	159,50
Badische Anilin	477,00	Werschen-Weißenfelser Braunk.	380,00
Bergmann Elekt. Akt.	250,00	Westeregeln Alkali	690,00
Berl. Mesch.-Bau	271,00	Wittener Gußstahl	750,00
Bismarckhütte	571,00	Wrede Mälzerei	142,00
Bochumer Gußstahl	346,00	Zeitzer Masch.	515,00
Chem.-Fabr. Buckau	—	Zellstoff Waldhof	328,50
		Otavi-Minen	759,00

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 21. Juli 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	259,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	130,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	172,00
Mansfelder Gewerkschaft	4500,00
Portland, Zementfabrik Halle	144,00
Prehlitzer Braunkohlen	1300,00
Priorit.	1750,00

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage, Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer I. B.; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200722012/fragment/page=0004